

Pressekonferenz zur Halbzeit der schwarz-gelben Regierung Positionen der Bündnis-Organisationen in der Übersicht

Positionen Mehr Demokratie e.V.

Thema „Direkte Demokratie“

Unser Vorschlag

Wir fordern die Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung sowie von Referenden auf Bundesebene:

Volksinitiative: Bürgerinnen und Bürger erarbeiten einen Gesetzesvorschlag und sammeln dafür mindestens 100.000 Unterschriften. Der Vorschlag wird im Bundestag behandelt, die Initiative erhält Rederecht.

Volksbegehren: Wird der Vorschlag abgelehnt, kann die Initiative ein Volksbegehren starten. Dafür müssen eine Million Unterschriften gesammelt werden. Der Vorschlag wird erneut im Bundestag behandelt. Bei erneuter Ablehnung kommt es zum Volksentscheid.

Volksentscheid: Der Bundestag kann einen Alternativvorschlag zur Abstimmung stellen. Vor der Abstimmung wird ein Informationsheft mit Pro und Contra-Positionen an alle Haushalte verschickt. Wie bei Wahlen entscheidet die einfache Mehrheit.

Referenden: Bei Grundgesetzänderungen und Kompetenzübertragungen an internationale Organisationen oder an die EU muss es einen Volksentscheid geben. 500.000 Stimmberechtigte können verlangen, dass über ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz ein Volksentscheid stattfindet.

Bilanz Schwarz-Gelb

Ein Gesetzentwurf der Linken zur Einführung bundesweiter Volksabstimmungen scheiterte im November 2010, weil CDU und FDP die notwendige Zweidrittelmehrheit verhinderten.

Selbst bei den im Koalitionsvertrag zugesicherten minimalen Verbesserungen des Massenpetitionsrechts hat sich Schwarz-Gelb keinen Schritt bewegt.

Seit über 60 Jahren verhindert insbesondere die Union die Einführung bundesweiter Volksentscheide. Damit handelt sie nicht einmal im Interesse der eigenen Anhänger: Laut Forsa-Umfrage von 2009 sind 65 Prozent der CDU/CSU-Anhänger für bundesweite Volksabstimmungen.

Thema „Faires Wahlrecht“

Unsere Vorschläge

Kommunales Ausländerwahlrecht: Durch eine Grundgesetzänderung sollte Menschen ohne deutschen Pass ermöglicht werden, auf kommunaler Ebene zu wählen.

Verfassungskonformes Bundeswahlrecht: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2008 ist die Verzerrung des Wählerwillens durch das negative Stimmgewicht verfassungswidrig. Wir fordern, die Überhangmandate und damit eine der Hauptursachen für die Entstehung des negativen Stimmgewichts, zu beseitigen.

Der Rechtsschutz vor der Wahl für den Fall, dass Wahlvorschläge nicht zugelassen werden, sollte erhöht werden. Bisher kann gegen Entscheidungen des Wahlausschusses kein Widerspruch eingelegt werden.

Bilanz Schwarz-Gelb

Über ein Ausländerwahlrecht gab und gibt es keinerlei Diskussion.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeswahlrecht wurde jahrelang ignoriert. Nach Ablauf der vom Gericht gesetzten Frist machte die Koalition einen Reformvorschlag, nach dem Überhangmandate und somit auch die Verzerrung des Wählerwillens auch weiterhin möglich sind. Dieser Vorschlag wurde zudem in letzter Minute geändert und der Öffentlichkeit erst nach der Debatte im Innenausschuss zugänglich gemacht.

Anders als angekündigt gab es beim Rechtsschutz vor der Wahl keinerlei Reformen.

Positionen Attac

Thema „Demokratische Kontrolle des Banken- und Finanzsystems“

Unsere Vorschläge

Wir fordern die Herstellung des Primats der Politik über die Finanzwirtschaft. Großbanken müssen zerlegt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden, damit das Finanzsystem der Gemeinschaft dienen kann. Die Kosten der Krise dürfen nicht weiter auf die Bürgerinnen und Bürger umverteilt werden. Die Bundesregierung muss sich in Europa für eine strenge Regulierung der Finanzmärkte einsetzen.

Finanzinnovationen prüfen: Mit neuen Finanzprodukten haben die Banken schwere volkswirtschaftliche Schäden angerichtet. Neue Produkte dürfen nur zugelassen werden, wenn die Bankenaufsicht sie nach einer Prüfung als gefahrlos einstuft.

Verbriefungen unterbinden: Die exzessive Verbriefung von Schrottkrediten („subprimes“) und der Handel mit ihnen war der Kern der Finanzkrise. Der Handel mit Kreditpapieren muss unterbunden werden.

Derivate kontrollieren und begrenzen: Die massenhafte Spekulation mit Derivaten, in denen auf Preis- und Kursveränderungen gewettet wird, ist volkswirtschaftlich gefährlich. Attac fordert ein Verbot des außerbörslichen und daher kaum kontrollierbaren Derivatehandels. Ferner sollten Banken nicht mit Derivaten handeln, denen kein realwirtschaftliches Absicherungsziel zugrunde liegt, vor allem nicht mit rohstoffbezogenen.

Großbanken zerschlagen: Viele Banken sind zu groß geworden. Um zu verhindern, dass Großbanken, die „too big to fail“ sind, weiterhin mit Steuermitteln „gerettet“ werden, müssen sie zerschlagen werden. Geeignete Konkursverfahren für Banken sind einzurichten. In der Übergangszeit hin zu einem demokratisch kontrollierten Bankensystem darf sich künftig keine Privatbank sicher sein, dass die öffentliche Hand ihre Verluste übernimmt!

Investmentbanking von Geschäftsbanken trennen: Die aktuelle Krise war in Deutschland vor allem eine Krise des Investmentbankings. Künftig müssen Banken wieder zu ihrer ursprünglichen Aufgaben als Geschäftsbanken zurückkehren, die Bürger und Unternehmen mit Krediten versorgen und ihren Geldverkehr abwickeln.

Finanztransaktionssteuer einführen: Attac fordert die Bundesregierung auf, zusammen mit Frankreich den Gesetzentwurf der Europäischen Kommission vom 27. September 2011 für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer energisch durchzusetzen.

Stopp der Austeritätspolitik (= staatl. Sparpolitik, die auf strenge Führung des öffentl. Haushalts und gleichzeitige Einschränkung des Massenkonsums setzt): Die Bundesregierung muss ihre Rolle als treibende Kraft für die Durchsetzung der Austeritätspolitik in Krisenländern wie Griechenland aufgeben. Stattdessen muss sie sich für Strukturmaßnahmen einsetzen, die den Ländern helfen, aus ihrer Krise heraus zu kommen. Dazu gehört der Abbau der wachsenden wirtschaftlichen Ungleichheit von Überschuss- und Defizitländern.

Bilanz Schwarz-Gelb

Die Bundesregierung hat das in ihrem Koalitionsvertrag propagierte Ziel einer „generationengerechten Finanzpolitik“ klar verfehlt. Anstatt Maßnahmen zur Verhinderung und Eindämmung der Spekulation auf Kosten der Allgemeinheit zu ergreifen, setzt sie auf milliardenschwere Bankenrettungspakete zu Lasten kommender Generationen. Die Bundesregierung macht Banken und private Gläubiger zu Gewinnern der europäischen Krisenpolitik, während die europäischen Bürgerinnen und Bürger die Kosten zu tragen haben. Gleichzeitig wurden keine nennenswerten Regulierungsmaßnahmen vorgenommen.

Die Bundesregierung betreibt eine Politik des Marktfundamentalismus nach der Ideologie des Washington-Konsens⁴. Unter Berufung auf die Verschuldung drängt die Bundesregierung andere EU-Mitgliedsstaaten zum Abbau ihrer Sozialsysteme und zu umfassenden Privatisierungsprogrammen zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger und Europas. Dabei wird von außen in ein Land hinein regiert, seine Souveränität untergraben und die Demokratie beschädigt (Beispiel Griechenland).

Dabei lässt sie sich von zentralen Akteuren aus der Banken- und Finanzwirtschaft beraten und übernimmt teils eins zu eins die Vorschläge des Europäischen (Privat-)Bankenverbands. Die „Kommission zur Neuordnung der Finanzmärkte“, die bereits 2008 einberufen wurde, hat bis heute keine sinnvollen Vorschläge vorgelegt. Das ist aber auch kein Wunder, denn in dieser Kommission sitzen mit Issing, Asmussen, Weidmann, Krahen und Regling ausnahmslos Profiteure und Vertreter der neoliberalen Ideologie unregulierter Finanzmärkte.

Thema „Steuerflucht und Finanzoasen“

Unsere Vorschläge

Angemessene Besteuerung von Kapital: Attac fordert eine Erweiterung der EU-Zinsrichtlinie, damit Kapital im Vergleich zu Arbeit und Konsum angemessen besteuert wird.

Angemessene Besteuerung von Unternehmensgewinnen: Transnationale Unternehmen zahlen häufig nur einen Bruchteil der fälligen Steuern. Attac fordert die länderbezogene Rechnungslegung, um die kreative Gestaltung von Bilanzen und Gewinnverschiebung auf dem Papier in Steueroasen zu verhindern.

Unilaterale Maßnahmen gegen Steuerflucht ergreifen: Nationalstaatliche Politik hat unausgeschöpfte Möglichkeiten gegen Steuerflucht vorzugehen. Nach Vorbild der US-Reformen kann u.a. Banken der Entzug der Lizenz angedroht werden oder können Quellensteuern erhoben werden.

Verbesserungen des Steuervollzugs: In Deutschland sind Finanzämter personell und materiell (Software und Infrastruktur) so schlecht ausgestattet, dass insbesondere Vermögende und Unternehmen leicht betrügen und Milliarden Verluste verursachen können.

Regulierungsflucht verhindern: Viele deutsche Banken umgehen die Finanzaufsicht, indem sie Unternehmensteile in Regulierungsoasen auslagern. Die Bundesregierung muss sich auf internationaler Ebene für eine Schließung von Regulierungslücken einsetzen (z.B. über Eigenkapitalvorschriften) und Regulierungsoasen notfalls Sanktionen androhen.

Bilanz Schwarz-Gelb

Anstatt Steuerflucht wirksam zu begegnen, legalisiert sie die Bundesregierung, derzeit etwa durch das bilaterale deutsch-schweizerische Steuerabkommen. Sie hintertreibt damit die Verhandlungen auf EU-Ebene zum automatischen Informationsaustausch von Banken zu den Steuerbehörden. Andere Staaten ziehen vermutlich nach, so dass Bemühungen um eine größere Transparenz des europäischen Finanzsektors zunichte gemacht werden.

Anstatt in Zeiten der Krise vor dem Hintergrund der Schuldendebatte für höhere Einnahmen zu sorgen, begünstigt die Bundesregierung reiche "Eliten" und die Finanzindustrie. Das führt zu wachsender Ungleichheit, Destabilisierung und in die nächste Krise. Indem die Politik Gestaltungsmacht an Finanzmarktakteure abgibt und diese finanziell stärkt, unterminiert sie demokratische Gestaltungsspielräume.

Positionen LobbyControl e.V.

Thema „Lobbyregulierung“

Unser Vorschlag

Wir fordern die Einführung eines Lobbyregisters mit folgenden Eigenschaften:

Offenlegungspflicht: Lobbyisten müssen Auftraggeber und Kunden, Finanzquellen und Budgets sowie Lobbythemen umfangreich offen legen.

Registrierung: Verpflichtende Registrierung für alle Arten von Lobby-Akteuren – auch Anwaltskanzleien und Denkfabriken.

Kontrolle: Kontrolle des Lobbyregisters durch eine unabhängige öffentliche Institution.

Sanktionen: Klare Sanktionen bei fehlende oder falsche Angaben.

Bilanz Schwarz-Gelb

Eine von über 10.000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnete Petition für die Einführung eines Lobbyregisters wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition im Dezember 2010 abgewiesen.

Im Bundestag eingebrachte Anträge der Grünen, der Linken (April 2011) und der SPD (Juli 2011) für ein Lobbyregister wurden von Schwarz-Gelb ebenfalls abgelehnt. Eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung fand nicht statt. Regierungsmitglieder bezeichneten die Forderung nach einem Lobbyregister als „Populismus pur“, „bürokratisches Monster“ und „nicht praktikabel“ abgekanzelt, obwohl andere Länder bereits seit langem über ein Lobbyregister verfügen (z.B. USA) oder kurz vor der Einführung stehen (z.B. Österreich).

Deutschland bleibt unter der schwarz-gelben Bundesregierung europäisches Schlusslicht in Sachen Lobbyregulierung.

Thema „Nebentätigkeiten von Abgeordneten“

Unser Vorschlag

Wir fordern eine zügige Umsetzung der angekündigten Reform der Regeln zu Nebentätigkeiten und -einkünften von Abgeordneten:

Offenlegung: Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten ab 1.000 Euro in Stufen von 10.000 Euro ohne Obergrenze.

Schließen von Schlupflöchern: Schließung der Schlupflöcher für Abgeordnete, die als Anwälte und Unternehmensberater arbeiten. Auch hier muss erkennbar sein, aus welcher Branche die Kunden stammen, um mögliche Interessenkonflikte auszuschließen.

Klare Trennung: Grundsätzliche Unvereinbarkeit von Abgeordnetenmandat und Lobby-Tätigkeiten.

Prüfung: Unabhängige Prüfung der Angaben zu Nebentätigkeiten und -einkünften. Allgemeine Beschwerdemöglichkeit bei Verdacht auf fehlende oder fehlerhafte Angaben.

Bilanz Schwarz-Gelb

Die Rechtstellungskommission des Ältestenrats hat am 14. April 2011 Empfehlungen für eine Reform des Regelwerks zu Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften von Abgeordneten beschlossen.

LobbyControl kritisierte diese Pläne als unzureichend. Einzelne Einnahmen unter 10.000 Euro hätten weiterhin nicht veröffentlicht werden müssen und die bestehenden Schlupflöcher wären nicht geschlossen worden. Außerdem sah die Reform eine Deckelung der Offenlegungspflicht bei 150.000 Euro vor.

LobbyControl hat mit Transparency International, Mehr Demokratie und Campact der Rechtstellungskommission einen Vorschlag für eine Neuformulierung der Verhaltensregeln unterbreitet.

Eine Reform der Verhaltensregeln fand bisher nicht statt und wird weiter aufgeschoben.

Thema „Parteienfinanzierung“

Unser Vorschlag

Wir fordern eine Reform der Offenlegungspflichten für Parteispenden:

Strengere Veröffentlichungsregeln: Absenkung der Grenze für die unmittelbare Veröffentlichung von Parteispenden auf 10.000 Euro (bisher 50.000 Euro). Absenkung der Grenze für die Veröffentlichung in den Rechenschaftsberichten auf 2.000 Euro (bisher 10.000 Euro)

Spendenbegrenzung: Einführung einer Spendenbegrenzung von 50.000 Euro pro Partei und Spender

Eindämmung von Direktspenden und Sponsoring: Verbot von Direktspenden an Abgeordnete und Parteisponsoring oder Ausweitung der bestehenden gesetzlichen Veröffentlichungspflichten auf diese.

Bilanz Schwarz-Gelb

Die schwarz-gelbe Regierungszeit war von Parteispendenskandalen geprägt: die Sponsoring-Affäre um den ehemaligen NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers; die Parteispenden des Spielautomatenherstellers Gauselmann, der bestehende Offenlegungspflichten gezielt umging; die Spende der Mövenpick-Eigentümer an die FDP vor der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotels.

Die Kritik der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) an der mangelnden Transparenz der Parteienfinanzierung in Deutschland wurde von der schwarz-gelben Koalition zunächst ignoriert und dann als unberechtigt verworfen. Die von Bundestagspräsident Norbert Lammert formulierte Vorbildfunktion Deutschlands innerhalb der GRECO, hat die Bundesregierung alles andere als ernst genommen.

Kontakt Mehr Demokratie:

Pressesprecherin Anne Dänner
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Tel.: 030/420 823 70 o. 0178/816 30 17
Fax: 030 /420 823 80
presse@mehr-demokratie.de
<http://www.mehr-demokratie.de>

Kontakt Lobby Control:

Timo Lange
Friedrichstraße 63
50676 Köln
Tel.: 0221/169 65 07
Fax: 0221/169 22 60
timo.lange@lobbycontrol.de
<http://www.lobbycontrol.de>

Kontakt Attac:

Pressesprecherin Frauke Distelrath
Attac Deutschland
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.
Tel.: 069/900 281-42 o. 0179/514 60 79
Fax: 069/900 281-99
presse@attac.de
<http://www.attac.de>